

Liebe Einwohnerinnen und Einwohner von Kraichtal,

sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,

sehr geehrte Gäste,

dieses Jahr ist es besser als letztes Jahr, aber bei Weitem noch nicht gut.

Finanzen:

Einnahmen:

Trotz sich aneinanderreihender europaweiter und nun auch sich in Übersee abzeichnender schwieriger Herausforderungen geht es unserer Wirtschaft so gut wie nie zuvor. Damit befinden wir uns auf einem sehr hohen Einnahmenniveau. Dieses soll sich laut Prognose in 2017 landesweit sogar über dem Bundesdurchschnitt weiterentwickeln.

Die Erhöhung der Grundsteuer B und Hundesteuer haben wir zähneknirschend mitgetragen. Weiteren Steuererhöhungen werden wir jedoch nicht mehr zustimmen und sehen mittelfristig eher eine Zurückführung auf die alten Werte.

Die sehr moderat ausgefallenen Gebührenerhöhungen im Bereich der Nutzung städtischer Liegenschaften spielen bei den Einnahmen eine sehr untergeordnete Rolle und können als lange Zeit vergessene und überfällige Angleichungen an das Heute betrachtet werden. Grundlegend hat sich jedoch überhaupt nichts in der Nutzung unserer Liegenschaften geändert und kann somit nicht als „Großer Wurf“ verbucht werden.

Ausgaben:

Leider sind unsere Ausgaben - ebenso wie in den vergangenen Jahren - weit mehr gestiegen als unsere Einnahmen.

Wer nun glaubt, dass diese gestiegenen Ausgaben mit den zuvor nicht näher beschriebenen Herausforderungen in Zusammenhang stehen, den muss ich leider enttäuschen.

Unsere Kostentreiber seit 2012 in den Betriebsausgaben sind die Feuerwehr und die Förderung von Kultur, Sport und Musik, welche eine Steigerung um insgesamt 200.000,- Euro/a bewirkt haben.

Im Bereich Kultur, Sport und Musik wenden wir mit bereits über 1 Mio. Euro/a, mehr Betriebsmittel als für unsere Pflichtaufgabe "Schule" auf. Die Betriebsausgaben im Schulbereich sind seit 2012 übrigens nicht gestiegen.

Damit wir wieder auf einem sicheren Pfad wandeln, müssen wir in diesem Jahr die Weichen stellen. Es gilt, insgesamt weitere 6 Mio. Euro in der mittelfristigen Finanzplanung bis Ende 2020 einzusparen.

Ausgaben in Höhe von insgesamt rund 1,6 Mio. Euro für das Feuerwehrhaus mit Vereinsheim in Neuenbürg, die geplante Baumaßnahme am Feuerwehrhaus in Landshausen, Neubau einer Übungsstrecke der Feuerwehr und der - aufgrund der prognostizierten Verkehrszahlen - nicht notwendige straßenbegleitende Radweg an der geplanten Ortsentlastung in Menzingen bringen uns von diesem Kurs ab und müssen an anderer Stelle umso mehr eingespart werden.

Umgekehrt lassen wir es zu, dass z. B. unsere Kinder aus Oberöwisheim und Neuenbürg tagtäglich in der Grundschule Oberöwisheim unzumutbare Sanitäreanlagen benutzen müssen.

Nun denn, nun ist der über 45 Jahre alte Gründungsvertrag der Stadt Kraichtal, unabhängig von der sich in den vergangenen Jahrzehnten veränderten Lage, stoisch umgesetzt worden -"beinahe jedenfalls!-. Eine letzte Maßnahme nach dem Feuerwehrhaus in Neuenbürg fehlt noch, ein Schwimmbad für Unteröwisheim!

Da wir von Bündnis 90/ Die Grünen jedoch keine Scherzartikel in unserem Bauchladen anbieten, nehmen wir Abstand von dieser Maßnahme.

Um diese zuvor genannten Mittel von 1,6 Mio. Euro, beziehungsweise 6 Mio. Euro, wieder herein zu holen, müssen wir Anpassungen in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Tourismusinfrastruktur, Ordnung, Kultur, Sport, Musik und insbesondere bei den Liegenschaften vornehmen.

Investitionen in die Tourismusinfrastruktur, wie Gestaltung von Ortseingängen, Aussichtstürmen etc., bringen nicht viel und generieren hohe einmalige und zudem zusätzliche laufende Kosten.

Viel wichtigere Aufgaben bei uns im Tourismus sind die Qualifizierung und Nachfolgeregelung bei unseren Leistungsträgern und die Ansiedlung leistungsfähiger Betriebe. Übrigens sollten diese Aufgaben auch im Bereich Wirtschaft analog angegangen werden.

Die Umsetzung der zuvor beschriebenen Aufgaben funktioniert nur über eine gute Netzwerkarbeit.

Erst wenn diese grundsätzlichen Hausaufgaben gemacht sind, kann man verstärkt in die Produktentwicklung und ins Marketing einsteigen. Denn ohne Mehl kann man nun Mal kein „Kraichgaukornbrot“ backen und vermarkten.

Die zuvor genannte Tourismusinfrastruktur ist dann die "Kür".

Einsparungen im Bereich der Liegenschaften vorzunehmen, bedeutet:

- Flächen zu komprimieren, z. B. zu viele Küchen in einem Gebäude,
- un- und untergenutzte Flächen besser zu nutzen,
- Nutzungen auf andere Liegenschaften zu verlagern (unseren Grundschulern muten wir es doch auch zu, Tag täglich in den Nachbarort zu fahren, dann können wir das von Erwachsenen mit fahrbarem Untersatz ein paar Mal die Woche allemal erwarten) und
- gewinnbringende Liegenschaften zu veräußern

In den Haushaltsberatungen hat sich dieses Defizit der Liegenschaftsverwaltung insbesondere im Zusammenhang mit der Musik- und Kunstschule und dem Jugendhaus herauskristallisiert.

Somit muss dieses Thema im Rahmen eines Liegenschaftskonzepts ganzheitlich über alle Liegenschaften hinweg -ob bebaut oder nicht- betrachtet werden. Um das Vertrauen in die Liegenschaftsverwaltung wieder herzustellen, sollte der Umsetzungsprozess dann unbedingt transparent mittels Bürgerbeteiligung und Klausurtagung des Gemeinderats gestaltet werden.

Fazit:

Zukünftig müssen wir uns an die Grundsätze „Qualität vor Quantität“ und „Muss vor Kann“ halten, ansonsten rutschen wir auf unserer Gratwanderung den Abhang hinunter.

Rund 1/3 unserer Ausgaben (11 Mio. Euro im Jahr) sind Freiwilligkeitsleistungen. Wenn wir es schaffen, nur 15% von diesem Wert herunter zu kommen, haben wir viel erreicht.

Wenn nicht, kommt früher oder später die Rechtsaufsichtsbehörde. Dann regelt die das für uns und ganz bestimmt nicht auf eine liebevolle Art und Weise. Wollen wir es wirklich so weit kommen lassen?

Im Jahr 2017 steht noch viel Arbeit zur weiteren Konsolidierung unseres Haushalts an, aber erste positive Signale aus Verwaltung und Rat lassen uns auf ein konstruktives Miteinander hoffen. Deshalb stimmen wir dem Kämmereihaushalt 2017 zu.

Nach diesen trockenen Zahlen, welche lediglich eine quantitative, aber keine qualitative Aussage bezüglich der Arbeit in unserer Stadt belegen, möchte ich mich nun der Qualität zuwenden.

Stadtentwicklung:

Förderprogramme:

Das Sanierungsgebiet in Menzingen kann nicht als großer Erfolg verbucht werden. Dies spiegelt sich nicht nur wider in dem Missverhältnis der städtischen Ausgaben in Höhe von rund 25.000,- EUR zu Landesfördermitteln in Höhe von rund 16.500,- EUR, sondern auch in der Qualität der Projekte. Rolladendämmungen sind keine umfassenden Modernisierungen und damit auch nicht nachhaltig.

Im Vergleich dazu war das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) ein voller Erfolg. Für 0,- EUR eigene Ausgaben haben wir rund 300.000,- EUR erhalten. Heruntergebrochen auf einen Ortsteil, sind dies rund 35.000,- EUR. Ein weiterer positiver Effekt ist, dass nur nachhaltige Projekte gefördert und Leerstände beseitigt wurden.

Aus dem nicht im Sanierungsgebiet in Menzingen liegenden Gebiet kamen leider keine Anträge. Deshalb hier die Bitte an die Menzinger Bürger: Scheuen Sie sich nicht ELR-Anträge zu stellen. Dies ist, dank LEADER, trotz benachbartem Sanierungsgebiet erlaubt.

Die Nichtberücksichtigung als ELR-Schwerpunktgemeinde in 2016 war kein Misserfolg, denn als ELR-Schwerpunktgemeinde hätten wir einen Deckelbetrag unterhalb dem o. a. auferlegt bekommen.

Stadtplanung/Bevölkerungsentwicklung:

Seit Anfang 2012 verlief in Kraichtal die demografische Entwicklung nur aufgrund der derzeit rund 160 Flüchtlinge im oberen Drittel des prognostizierten Entwicklungskorridors. Damit befinden wir uns aktuell auf einem Höchststand.

Nachdem nun der Flüchtlingsstrom fast abgebrochen ist, sollten wir uns darauf einstellen, dass wir bis 2035 keine nennenswerte Bevölkerungszunahme erfahren werden.

Ab 2045 können wir, aufgrund des Verlustes der „Babyboomer-Jahrgänge“, mit einer Bevölkerungsabnahme rechnen.

In den letzten 5 Jahren hat der Ortsteil Landshausen - trotz der Aufnahme von Flüchtlingen - 3,5% an Bevölkerung verloren.

In Oberöwisheim konnte man die Bevölkerung zwischenzeitlich nur durch die erhöhte Unterbringung von Flüchtlingen wieder auf das alte Niveau von vor 5 Jahren anheben.

Oberöwisheim ist der beste Beweis, dass Neubaugebiete alleine keinen Bevölkerungszuwachs und junge Familien garantieren. Dies belegt zudem der neuste Schulbericht mit sehr stark sinkenden Grundschülerzahlen in den nächsten Jahren in Oberöwisheim.

Genau in diesen zuvor genannten Stadtteilen sollten wir, wenn möglich, weitere Flüchtlinge unterbringen und das Wohnen insbesondere durch eine gezielte Innenentwicklung attraktiver gestalten. Dies hätte zudem den positiven Nebeneffekt, dass wir damit diese Grundschulstandorte langfristig sichern könnten.

Gochsheim mit +3,3% Bevölkerungswachstum und Unteröwisheim mit +2,6% konnten weiter zulegen.

Auch in diesem Jahr scheint sich die Nähe zu Bretten und Bruchsal als positiver Faktor zu bestätigen.

Wir von Bündnis 90 / Die Grünen lehnen das Gewerbe- und Baugebiet in Münzesheim nach wie vor ab.

Neben den rund 50 Baulücken, 30 Leerständen und Innenentwicklungsflächen in Höhe von rund 1,3 ha, würden sich nach neusten Erkenntnissen alleine für das geplante Gewerbegebiet noch bis zu 400 weitere Fahrzeuge pro Tag in den Stadtteilen insbesondere in Münzesheim und Unteröwisheim hinzugesellen.

Auch den Bedarf für ein Gewerbegebiet auf der „Grünen Wiese“ sehen wir derzeit nicht. Vereinzelte Lippenbekenntnisse von nicht näher beschriebenen Interessenten, ohne entsprechende verbindliche Vorverträge, sind keine Grundlage, um einen Bedarf herzuleiten und rund 1,5 Mio. Euro auf Pump zu investieren. Selbst, wenn es uns wider Erwarten gelänge, alle Flächen zu veräußern, würden wir ein Defizit zwischen 0,1 bis 0,2 Mio. Euro einfahren.

In Hinblick auf immer weniger werdende landwirtschaftliche Flächen und die damit einhergehende Vernichtung unserer Nahrungsgrundlage, muss grundsätzlich Innenentwicklung vor Außenentwicklung stehen und konsequent umgesetzt werden.

Wir haben Verständnis dafür, dass die Innenentwicklung, Förderung der Bau- und Grünkultur, Sanierungsberatung und innovative Stadtplanung, wie die Entwicklung von Energiequartieren und vielfältiger Wohnformen ein zeitintensives und hartes Brot ist, aber umso mehr kann es nicht sein, dass ein Gebiet unserer städtischen Hauptaufgaben "Stadtplanung" permanent personell unterbesetzt ist.

Hier wäre angebracht, dass man Personalstellenanteile aus weniger wichtigen Bereichen abzieht. Potenzielle abgängige Aufgaben ergeben sich bestimmt aus der geplanten Organisationsuntersuchung.

Mobilität:

Mobilität bedeutet Freiheit und Teilhabe, und ist somit etwas Schönes. Diese Freiheit und Teilhabe darf jedoch nicht auf Kosten anderer entstehen.

Darum lautet der Grundsatz: Weniger und wenn, dann ohne Gefahr, Lärm, Gestank und Verschmutzung!

Die Bundesverkehrswegeplanung 2030 müssen wir mit wachsamen Augen begleiten, denn es wird nach den uns vorliegenden Informationen mangels Zeit und Mittel (um 200% überzeichnet) auf ein Stückwerk hinauslaufen, was uns im Falle einer Umgehung Bauschlott oder Bretten ohne den Bruchsaler Ostast ganz nach dem St. Florians-Prinzip weiteren Verkehr nach Oberacker, Münzesheim und Unteröwisheim spülen wird.

Diese Entwicklung lehnen wir kategorisch ab.

Aber dieser völlig unrealistische und für uns schlecht verlaufende Wunschverkehrswegeplan "Beruhigungsspiel" mit dem Ziel 2030 hat für uns Grüne auch etwas Beruhigendes, denn er reiht sich mit Sicherheit hinter die geplante Marsmission 2030 + X Jahre ein. Dann können wir vorher dort unser Bitumen verklappen, denn dieser Planet ist ja bekanntlich schon völlig futsch.

Der Stadtentwicklungsprozess hat nun endlich eine Zielgröße offenbart, bis wann die innerörtliche Verbesserung der Verkehrssituation, insbesondere an der Ortsdurchfahrt in Unteröwisheim und im Bereich Radverkehr, als auch die Förderung der E-Mobilität und Mitfahrbörse abgeschlossen sein soll.

Das Zieljahr 2030 in Verbindung mit den bis dahin angegebenen Zielwerten, welche wir nicht als sportlich betrachten, wird unsere Fraktion im Auge behalten.

Ein betriebliches Mobilitätsmanagement zur Verlagerung des Verkehrs auf die „Datenautobahn“, als Vorbild für andere Unternehmen, wie z. B. in Verbindung mit Heimarbeitsplätzen, welche darüber hinaus auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern würden, muss unbedingt noch im Stadtentwicklungskonzept verankert werden.

Wir sehen dem Umsetzungsbericht des Stadtentwicklungskonzepts und der sich anschließenden Validierung Ende 2017 mit Spannung entgegen.

Auch dem Ergebnis der Prüfung in 2018 bezüglich der Gründung einer „Immobilien-genossenschaft“ fiebern wir nach.

Integration und Migration:

Für die Flüchtlingsintegration gibt es derzeit kein Patentrezept. Hier sind wir auch nach den stark zurückgegangenen Flüchtlingsströmen weiterhin gefordert, den bei uns verbliebenen rund 160 Menschen eine Heimat zu geben.

Vielleicht helfen uns Konzepte aus den Vorreiter-Ländern der Integration, wie Dänemark und Schweden oder der Stadt Palermo weiter. Exkursionen für die Verwaltung und Ehrenamtliche?!

Der in Kraichtal gut gewählte Ansatz, keine Massenunterkünfte, sondern dezentrale Unterbringungen anzubieten, funktioniert und hat durch eine darüber hinausgehende zielgerichtete Verteilung auf die Ortsteile den zuvor beschriebenen positiven Nebeneffekt bei der Bevölkerungsentwicklung und der damit in Verbindung stehenden Aufrechterhaltung von Angeboten vor Ort.

In diesem Zusammenhang möchten wir den engagierten Vermietern für die Bereitstellung von Wohnraum ausdrücklich danken.

Migration ist keine Last, sondern ein kultureller und langfristig ökonomischer Gewinn!

Da viele Kraichtaler von Einwanderern aus der Schweiz, Ungarn, und von „Gastarbeitern“ der 60er Jahre etc. abstammen, ist dieser Prozess, den wir gerade durchleben, nichts Neues im Kraichtal.

Damals haben die Einwanderer geholfen, die Kriegsschäden zu beseitigen und das Land wieder aufzubauen. Heute helfen Sie uns, dass Stadtteile nicht weiter altern und wir nicht weniger werden.

Miteinander und Lebensqualität:

Auch im vergangenen Jahr 2016 gab es wieder unnötige, sich wiederholende, emotionsgeladene Grabenkämpfe, die unserer Gemeinschaftsstadt nur geschadet haben!

Dies hätte vermieden werden können, wenn man die Bevölkerung im Vorfeld besser eingebunden hätte!

Hier möchten wir, dass im Gemeinderat zukünftig mehr öffentlich behandelt wird. Personenbezogene Fälle bilden natürlich die Ausnahme.

So steht es ja eigentlich im §9 unserer Geschäftsordnung auch geschrieben.

Aussagen, wie „Über ungelegte Eier rede ich nicht“, lassen wir nicht gelten. Denn sachdienliche Hinweise aus unserer Bevölkerung und Einbindung dieser, um einer Meinungsbildung eine gewisse Reifezeit zu geben, würden dem Huhn beim Eierlegen gewiss helfen.

Weiter würde damit auch vermieden werden, dass über Umwege ein verfälschtes Bild der Sachlage, wie immer wieder geschehen, nach außen dringt und damit immer wieder Themen schon im Vorfeld auf verbrannte Erde treffen.

Diese bei uns eingeschränkte Möglichkeit der Einwohnerschaft Kraichtals, Einfluss auf die Politik zu nehmen "Frei und gleichberechtigt Leben", ist einer von zwölf Indikatoren über welche die Bundesbürger*innen Lebensqualität definieren.

Dass hier ein Handlungsbedarf besteht, ist offenkundig.

Weitere Defizite, welche die Lebensqualität beeinflussen, besitzen wir in zwei weiteren Bereichen, die da heißen:

- Wirtschaft und Investition in die Zukunft (angespannte Haushaltslage der Stadt) und
- Zeit (Pendeldauer zur Arbeit).

Die Gesundheitsversorgung der Kraichtaler Bürger (Ärzte und Pflege) könnten sich in den nächsten Jahren zu einem weiteren Defizit entwickeln.

Trotz dieser zuvor genannten Defizite, wohnen die meisten von uns -laut Stadtentwicklungskonzept- wohl wegen der restlichen positiv belegten Indikatoren gerne in Kraichtal.

Diese sind:

- Friede (hierfür steht die Europäische Union),
- Natur ("Landschaft zum Durchatmen"),
- Zusammenhalt (viele soziale Kontakte),
- Zuhause (geringe Miet- und Grundstückskosten bei guter Breitbandanbindung),
- Sicherheit (kreisweit geringste Kriminalitätsrate),
- Einkommen (wir besitzen eine 29% höhere Kaufkraftsumme als im Land),
- Bildungschancen (Gemeinschaftsschule) und
- Arbeit (sehr geringe Arbeitslosenquote).

Mit diesen positiven Aspekten sollten wir bei Wohnungssuchenden und ansiedlungswilligen Unternehmen zukünftig werben. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und beende meine Rede mit der folgenden Erkenntnis für den weiteren zu gehenden Weg in diesem Jahr:

„Panik und Angst vor größeren Veränderungen - „Projekten“ - haben noch niemanden weiter gebracht und enden meistens im Chaos. Darum lasst uns in diesem Jahr alle Herausforderungen mutig und positiv mit Herz und Hand bewältigen“

Angelo Castellano